

Keine Einigung zum Bebauungsplan URB638 / Plan wird von den Bürgern abgelehnt

Der Ortsteilrat in Urbich hatte wegen des Bebauungsplanes URB638 eine öffentliche Sitzung einberufen.

Auf dieser erweiterten Ortsteilratssitzung am 05.02.2013 konnten erstmals die Diskussionspunkte, zum Bebauungsplan URB638, vor Ort ausgetauscht werden. Die bisherigen schriftlichen Stellungnahmen des Ortsvereins und der Bürger wurden im Gespräch fundiert untermauert. Beim offenen Meinungsaustausch wurden die gegensätzlichen Standpunkte klarer denn je.

Das Bürgerhaus war mit ca. 80 Leuten gut gefüllt und die Erwartungen in Urbich groß, dass man den Verantwortlichen nun die Meinung auch direkt sagen kann. Der Ortsteilbürgermeister Herr Gießler eröffnete die Sitzung um 19:00 Uhr und stellte die Beschlussfähigkeit des Ortsteilrates fest. Leider waren nicht alle Ortsteilratsmitglieder anwesend. Neben den Bürgerinnen und Bürgern aus Urbich, begrüßte der Ortsteilbürgermeister die Vertreter der Stadtratsfraktionen, außer der SPD hatte jede Fraktion einen Vertreter geschickt. Ebenso wurden die Vertreter der LEG und der Stadtverwaltung begrüßt, die sich detailliert mit der Planung zu URB638 befassen. Danach beantragte der Ortsteilbürgermeister das Rederecht für alle Anwesenden, dem Antrag wurde zugestimmt.

Durch Herrn Gießler wurde mitgeteilt, dass bereits im Jahr 2011 ein Vertreter der Wirtschaftsförderung vorgesprochen hat, dass hier ein Gewerbegebiet entstehen soll. Der Ortsteilrat hat damals die Sache komplett abgelehnt. Über ein Jahr war dann nichts mehr zu hören und erst am 08.01.2013 wurden komplette Pläne beim Ortsteilrat vorgelegt. Auch diese wurden wieder vom Ortsteilrat abgelehnt. Zur Sitzung des Bau- und Verkehrsausschusses am 10.01.2013 und zur Sitzung des Ausschusses für Stadtentwicklung und Umwelt am 15.01.2013 sowie zur Stadtratssitzung am 23.01.2013 hat Herr Gießler entsprechend Stellung bezogen. Da es sich bei den Ausschusssitzungen um nichtöffentliche Sitzungen handelte, konnte die Öffentlichkeit nicht beteiligt werden.

Der Ortsverein hatte jedoch bereits eine Stellungnahme an den Ausschuss für Stadtentwicklung und Umwelt geschickt.

Herr Heide, vom Amt für Stadtentwicklung und Stadtplanung, übernahm nun das Wort und teilte mit, dass seine Abteilung für die Bebauungspläne in Erfurt zuständig ist und auch URB638 in seiner Abteilung aufgestellt wurde. URB638 gehört zu den schwierigen Planungen, es gibt sehr unterschiedliche Positionen, die vor allem vom Ortsverein Urbich klargestellt wurden. Er bittet um ein geordnetes Verfahren, damit die Belange aller Beteiligten Berücksichtigung finden. Herr Heide will vor allem die Auffassung der Bürger vor Ort hören. Das gute Bild der Meinung der Bürger ist ja bereits unter - www.urbich.net - ablesbar, aber der direkte Meinungsaustausch ist ihm auch wichtig. Damit er die Gründe, warum die Stadt dort etwas machen will, direkt übermitteln kann. Vor allem wenn kritische Punkte zur Sprache gekommen sind.

Herr Heide will hier erläutern, warum Erfurt das Gewerbegebiet in Urbich braucht und was der Aufstellungsbeschluss und die Billigung des Vorentwurfs bedeuten. Er berichtet über die schöne Stadt und die Gäste, die sich auch über das Grün freuen. Bezüglich der Sicherheit liegt Erfurt auf dem 6. Platz unter den 50 deutschen Großstädten, die Stadt hat beste Ozonwerte usw. Aber es gibt auch Ecken und es gibt schlechte Bereiche. Beim Einkommen, pro Kopf, liegt Erfurt auf Rang 46 von 50, noch schlechter sieht es bei den Steuereinnahmen aus, hier hat Erfurt den Rang 49 von 50, allein Halle an der Saale steht schlechter da.

Herr Heide berichtet weiter, dass die vielen bisherigen Infrastrukturmaßnahmen zum großen Teil nicht in der Stadt erwirtschaftet wurden. Zuwendungen aus der EU, aus dem Solidarpakt usw. haben viel bewirkt, allerdings sinkt die Bereitschaft uns zu alimentieren. Die Stadt Erfurt muss sich auf die eigenen Beine stellen. Im Gemeindegebiet kann man die Gewerbesteuererinnahmen durch Ansiedlungen erhöhen. Ebenso kann man durch besser bezahlte Arbeitsplätze das Pro-Kopf-Einkommen erhöhen. Allein mit Logistikunternehmen kann man keine hohen Einkommen erwarten, es muss im hochqualifizierten Bereich etwas gemacht werden.

Laut Herrn Heide sind bereits 88 % der vorhandenen Gewerbeflächen durch Kauf bzw. Pacht abgedeckt und in der erforderlichen Größenordnung gibt es nur noch im Bereich des Flughafens ein nutzbares Gebiet. Insgesamt stehen zwar über 80 ha zur Verfügung, aber das sind vor allem klein strukturierte Bereiche mit vielen Eigentümern.

Gewerbeansiedlung ist, laut Herrn Heide, auch immer ein Kampf, um zu wirtschaftlichen Konditionen Grundstücke anbieten zu können. Deshalb ist die LEG hier im Einsatz, um wirtschaftlich und zeitnah Gebiete zu erschließen.

Auch die Landwirtschaft spielt in Erfurt eine wichtige Rolle, sagte Herr Heide. Aber die Bruttowertschöpfung ist mit 0,4 % äußerst gering, gibt er weiter in dem Vortrag an. In der Landwirtschaft gibt es auch immer weniger Beschäftigte. Auch wenn man Mikrochips nicht essen kann, so ist die Landwirtschaft, nach seinen Aussagen, keine Basis für die Funktion der Stadt. Wenn man das nun weltweit betrachtet, spielt das auch keine Rolle, gibt er zu verstehen, denn ganz Thüringen befindet sich im totalen Sinkflug, überall verlieren wir Einwohner. Nach seinen Aussagen wird es Wüstungen geben und Orte an denen kaum noch jemand wohnen kann. Dort wird dann Agrarwirtschaft eine größere Rolle als in Erfurt spielen.

Nach Aussagen von Herrn Heide wird die prekäre Lage in Erfurt nicht besser, wenn man stillhält. Das Planungsrecht ist in Deutschland sehr kompliziert und an dieser Stelle von Vorteil für den Bürger. Denn der Bürger hat Rechte. In der Regionalplanung wurden bestimmte Flächen für Gewerbe ausgenommen. Das von URB638 gehört nicht dazu. Es gibt zwar noch andere Gebiete mit Gewerbemöglichkeiten, allerdings ist dort die Erschließung sehr schwierig. Für URB638 liegt leider kein Vorrang für landwirtschaftliche Nutzung, sondern nur ein Vorbehalt vor. Es sind also Gründe für die Umnutzung zu nennen, das will man tun.

Laut Herrn Heide sollen die klimatischen Konflikte weiter untersucht werden, hier gab es ja auch vom Ortsverein entsprechende Hinweise. Gleiches gilt auch für die Kaltluftentstehung und die zu erwartenden Emissionen. Herr Heide bittet die Unmuts-Bekennnisse bis zur Diskussion zurückzustellen, damit auch die kritischen Fakten erst einmal auf dem Tisch kommen und der Vortrag bis zum Ende gehen kann. Laut seinen Aussagen läuft das vorhandene Gewerbegebiet Südost gut, auch wenn immer mal Probleme veröffentlicht werden. Die Thüringer Großflächeninitiative aus dem Jahr 2010 hat das Gebiet von URB638 als geeignet und förderfähig angesehen. Ein Stadtbahnhaltepunkt liegt vor Ort, ein kleinerer Bebauungsplan, am Rand, ist bereits rechtskräftig. Rings um URB638 in Richtung Urbich gibt es schon Gewerbe, auch wenn man von ganz anderen Nutzungen ausgehen kann (Büros, Tischler, Kfz-Werkstatt, Reiseveranstalter, Straßenbahndepot). Deshalb sollte sich doch auch der Bereich von URB638 für Gewerbeansiedlungen nutzen lassen, wenn man einen Grünpuffer zu den Wohnbereichen schafft. Zumal vorhandene Streifen mit Baumbewuchs schon eine Distanz sichern.

Herr Heide erläutert auch noch mal kurz, dass es sich bisher ja nur um den Aufstellungsbeschluss zu URB638, die Billigung des Vorentwurfs und um die frühzeitige Beteiligung der Öffentlichkeit handelt.

Jetzt sind die Hinweise der Bevölkerung wichtig, erst jetzt kann die Verwaltung Pläne veröffentlichen und darüber diskutieren. Damit am Ende alle Belange Berücksichtigung finden. Der Ortsverein hat, laut Aussage von Herrn Heide, bisher schon sehr wertvolle Hinweise erarbeitet und die Bürger können sich im Ort darauf verlassen, dass ihre Interessen gut vertreten werden. Auch wenn es dadurch für die Stadtverwaltung nicht einfacher wird. Die Bauleitplanung ist ein kompliziertes Verfahren, bei dem die Interessen der Einwohner, der Stadt sowie der Gewerbeansiedlungen abgewogen werden. Auch der Freistaat mischt mit, er hat im Jahr 2011 vorgeschlagen, dass im Gebiet URB638 eine Entwicklung gemacht wird. Das ist natürlich für die Stadt günstig, wenn die LEG die Grundstücke erwirbt und erschließt. Die Stadt hat auch bereits mit der LEG einen entsprechenden Entwicklungsplan ausgearbeitet, der auf Grundlage eines Bebauungsplanes wirkt. Die nun vorliegende Planung basiert auf der Grundlage wirtschaftlicher Untersuchungen durch die LEG.

Laut Herrn Heide liegt erst einmal ein Stück Papier vor, an dem sich die Diskussion entzünden muss. Vor allem fehlen noch Gutachten. Im Rahmen des Bauleitplanverfahrens wird jetzt bei der Stadtverwaltung der weitere Werdegang vollzogen. Es handelt sich um ein Verfahren mit offenem Ausgang, um nicht akzeptable Situationen zu vermeiden. Es wird eine bestimmte Art von gewerblicher Entwicklung von der Stadt vorgeschlagen, mit bestimmten Abständen, Grünflächen usw., die Ausführung wird im Rahmen des Planungsverfahren geklärt.

Es gibt jetzt die Interessenbekundung des Erschließungsträgers, die Bürgerinteressen wurden durch den Ortsverein klagestellt, die Stadtverwaltung hat ohnehin planerische Vorgaben und der Stadtrat hat die Planung am 23.01.2013 entsprechend freigegeben. Auch wenn offensichtlich war, dass an verschiedenen Stellschrauben noch gearbeitet werden muss, sagte Herr Heide.

Die öffentliche Auslegung wird vom 04.03.2013 bis 05.04.2013 erfolgen, alle Bürger sollten diese Chance nutzen, um Einfluss zu nehmen. Nur so kann der Bereich Stadtplanung erfahren, dass es Problemstellen in den Augen der Menschen gibt bzw. Aspekte der Betroffenen, die bisher noch keine Beachtung gefunden haben und die noch untersucht werden müssen. Mit den Untersuchungsergebnissen kann der Stadtrat dann am Ende eine Entscheidung treffen, erklärte Herr Heide.

Herr Heide bezeichnete es auch als ganz natürlich, dass eine gewerbliche Entwicklung vor der Haustür auf Ablehnung stößt. Die Stadt möchte erfahren, welche Dinge für die Einwohner von großer Bedeutung sind und welche Aspekte einen Ausgleich verlangen. Danach wird eine Umweltprüfung erfolgen und eventuell eine Ablehnung oder Anpassung des Vorhabens. Nicht begrünte Dächer haben z.B. eine erheblich höhere Wärmeabstrahlung als Gründächer. Auch die extreme Abwärme der Hochtechnologie soll nun Beachtung finden, bisher wurde das noch nicht im Klimagutachten berücksichtigt.

Hinweis:

Eine diesbezügliche Anfrage des Ortsvereins beim Umwelt- und Naturschutzamt wurde am 18.01.2013 wie folgt beantwortet:

"Energie wird immer teurer, so dass Energie bei neuen Anlagen kaum noch in erheblichen Umfang an die Umwelt abgegeben wird. Das erlauben auch die rechtlichen Bestimmungen zur Energieeinsparung nicht mehr. Jede Bebauung führt zu einer Veränderung im Umfeld. Die zu erwartenden Änderungen werden im Rahmen der Bebauungsplanung URB 638 untersucht."

Laut Herrn Heide werden nun auch die Änderungen im Windverhalten und bei anderen klimatischen Aspekten (Regen usw.) untersucht. Da man keine genauen Daten der sich ansiedelnden Unternehmen hat, werden Berechnungsverfahren zur Klimaermittlung genutzt. Das Gutachten dazu könnte von dem entsprechenden Bearbeiter dann auch vor Ort vorgestellt werden. Gleiches wird natürlich auch für den Lärm erforderlich sein, werfen Bürger in die Diskussionsrunde. Denn die Belastung durch das bestehende Gewerbegebiet, mit Kühltürmen usw., ist extrem hoch. Gleichzeitig werden jetzt durch die Bürger auch die Frischluftbelange für die Stadt und die Kaltluftentstehungsgebiete ins Feld geführt. Laut Herrn Heide werden die theoretischen Berechnungen auch den Feldmessungen am Ende gegenüber gestellt, so dass Abweichungen erkennbar werden.

Schwieriger ist die Frage, laut Herrn Heide, was die Beeinflussung des Landschafts- und Ortsbildes ausmacht und wie ein entsprechender Ausgleich einhergehen soll. Auch hierzu hat ja der Ortsverein entsprechende Bedenken geäußert und Ablehnung signalisiert. Es gibt dazu keine mathematischen Kriterien, sondern hier werden politische Entscheidungen gefragt sein. Als Ergebnis wird die Stadtverwaltung eine Planung vorlegen die möglichst alle Belange berücksichtigt. Diese muss wieder vom Stadtrat bestätigt werden. Danach gibt es abermals eine öffentliche Beteiligung und man kann dann auf Grundlage vorliegender Gutachten weitere Bedenken äußern. Dieser Prozess soll ungefähr 2 Jahre dauern. Die Stadt möchte erreichen, dass möglichst viele Leute hier ihre Geschäfte machen bzw. ihr Gewerbe aufbauen. Aus den Reihen der Bürger, kamen nun Hinweise, dass wir ja hier wohnen und nicht die Geschäftemacher.

Herr Heide möchte vor der jetzt entstehenden Diskussion noch gern die Punkte zum Verfahren abschließen. Als nächstes wird ein Satzungsbeschluss notwendig, hier entscheidet der Stadtrat dann über die Gültigkeit des Ortsrechts. Im Anschluss gehen die Unterlagen an die höhere Aufsichtsbehörde, zum Landesverwaltungsamt. Hier werden die Unterlagen geprüft, auch der Flächennutzungsplan wird ja geändert. Dann erfolgt die Bekanntmachung und der Bebauungsplan ist rechtskräftig.

Am Ende kann nur noch im Rahmen eines Normenkontrollverfahrens eine Anfechtung erfolgen. Hier muss vor dem Oberverwaltungsgericht ein Prozess geführt werden. Bei diesem ist ausreichend Geld für Gutachten und Rechtsanwälte vorzuhalten, damit man einzelne Schritte des Verfahrens anfechten kann. Deshalb sollten bereits im Vorfeld Anstrengungen übernommen werden, damit ein für alle akzeptabler Plan herauskommt.

Herr Heide äußert, dass am Ende ein anderer Plan kommt, als der welcher heute vorliegt. Die Hinweise des Ortsvereins und der Bürger werden einfließen.

Die geplante Vorstellung des bisherigen Plans, auf dieser Versammlung, wird mehrheitlich von den Bürgern abgelehnt, da dieser Plan brüskierend und unausgegoren ist.

Die Bürgerfrage nach Möglichkeiten der Einflussnahme, wird durch Herrn Heide mit einem Verweis auf die Bereiche Bürgerbeteiligung/Öffentliche Auslegung und Normenkontrollverfahren beantwortet. Nun wird von den Bürgern gefordert, da wir uns in einer Phase der Bürgerbeteiligung befinden, dass die vorhandenen 80 ha, an freier Gewerbefläche, für die Ansiedlung der Hochtechnologie genutzt werden und URB638 zu stoppen ist. Damit könnte man sich die Erschließungskosten und viele andere Sachen ersparen. Diese Vorgehensweise wird von der Stadtverwaltung, wegen der zu kleinen zusammenhängenden Flächen, abgelehnt. Bis auf die von den Bürgern genannten Vorschläge zu den Flächen am Flughafen, wird jede Stelle als zu klein betrachtet.

Der vorgelegte Plan soll nach Meinung der Bürger erst einmal austesten, ob Widerstand zu erwarten ist. Herr Heide ist jedoch der Meinung, dass es ein normales Verfahren ist, wenn Pläne im Laufe der Planungsphasen starke Veränderungen erfahren.

Ein Bürger fragt nach dem Kenntnisstand der Stadtverwaltung bezüglich des Flurbereinigungsverfahrens und weist darauf hin, dass die Stadt diese Planung erst nach dem Ende des Flurbereinigungsverfahrens hätte starten dürfen. Nur so können Verzögerungen bei der komplizierten Flurbereinigung vermieden werden, ebenso sind die Ziele der Flurbereinigung in Gefahr.

Die Bürgerfrage bezüglich der Grundstückskäufe, wird von der LEG damit beantwortet, dass jedem Eigentümer ein Angebot vorgelegt wurde und bereits Grundstücke gekauft sind. Das ist üblich, auch wenn noch nicht der endgültige Bebauungsplan vorliegt.

Weitere Bürger melden sich nun zu Wort, sie verstehen die Eile der Stadt nicht. Am 08.01.2013 wird dem Ortsteilrat erstmals ein Plan gezeigt und am 23.01.2013 wird schon der Aufstellungsbeschluss gefasst, der Vorentwurf gebilligt und die Beteiligung der Öffentlichkeit beschlossen. Der Ortsverein hat nach § 16 der Thüringer Kommunalordnung einen Einwohnerantrag gestellt und kurzfristig 450 Unterschriften bis zum 21.01.2013 bekommen, damit zur Entscheidung am 23.01.2013 klar sein sollte, dass die Bürger hier große Probleme sehen. Wenn der Ortsverein eine Woche länger Zeit gehabt hätte, dann wären auch 1000 Unterschriften unter dem Einwohnerantrag gewesen. Das schlimme an der Sache ist aber, dass der Bürgerwille nicht die Mehrheit im Stadtrat gefunden hat, obwohl er rechtzeitig vorlag. Alle Fraktionen wurden informiert, aber nur die Grünen, die Freien Wähler und die CDU sowie ein SPD-Mann haben für den Verweis von URB638 in die Ausschüsse gestimmt.

Die Bürger weisen darauf hin, dass der Ortsverein und die Bürger von Urbich den Bebauungsplan zum stehen bringen wollen, weil dieser nicht hinnehmbar ist und mit jedem weiteren Schritt der Planungsphase die Schwierigkeiten zur Vermeidung der Bebauung immer größer werden. Wenn erst Geld geflossen ist, wird alles ohne Rücksicht durchgezogen. Selbst die Grenze des Planes wurde direkt in den Urbach gelegt und vorhandene Gehölze sind plötzlich Teil der neuen Ausgleichsmaßnahmen. Die Zufahrten sind geeignet um auch in Urbich Verkehr auszulösen, irgendwann wird der Fußweg auf drängen der Gewerbetreibenden für den Verkehr nach Urbich geöffnet. Die Ansicht von 15 m hohen Gebäuden auf dem Berg ist unerträglich, von den zu erwartenden Geräuschen mal abgesehen. Die Geräusche, durch bereits in MEL036 vorhandene Kühltürme und Ventilatoren, sind über die jetzige Distanz schon oftmals inakzeptabel. Was soll werden, wenn neuer Lärm direkt am Ort entsteht? Ebenso soll entsprechend der Dorfentwicklung auf jede Lückenbebauung verzichtet werden, damit die Orte ihren dörflichen Charakter behalten. Nur deshalb sind Leute hergezogen. Die Bürger stört es, dass nicht vorher gefragt wurde, sondern jetzt alle hier sitzen müssen und Hinweise zu einer willkürlichen Planung erforderlich werden. Alles was vorhanden ist, sind ungewisse Behauptungen und über die wird hier im Nachgang entschieden. Es werden neue Wege gebaut und wertvoller Mutterboden wird vernichtet. Dann wird in 5 Jahren festgestellt, es gibt doch keine Hochtechnologie-Investoren und man sucht flugs alle möglichen anderen Gewerbebezüge, die überhaupt nicht diese Flächengröße erfordern hätten.

Herr Heide kontert, dass der Ortsverein 450 Leute gegen etwas aufgefördert hat, was gar keiner kennt. Die Bürger weisen darauf hin, dass keiner aufgefordert wurde, sondern die Unterschriften freiwillig bei den Verantwortlichen abgegeben wurden und auch dem Stadtrat nichts anderes vorlag, als das was im Bürgerinformationssystem zur Verfügung stand. Die Fläche wurde vor Ort mit einem Werbeträger gekennzeichnet, welche weiteren Informationen fehlen denn nun? Die Bürger sind gegen etwas das nicht klar ist, im Gegenzug ist die Stadtverwaltung für etwas das nicht klar ist. Wer hat hier den besseren Standpunkt? Die Bürger verweisen darauf, dass wir hier leben wollen und uns das direkt und zu Hause betrifft.

Herr Heide verweist darauf, dass die Verfahren festgelegt sind und es Spielregeln gibt und man erst mit uns sprechen kann, wenn die Beteiligung der Öffentlichkeit vorliegt. Deshalb befinden wir uns jetzt ja in dieser Diskussion. Die Stadtverwaltung muss auf die Freigabe des Stadtrates warten.

Herr Kallenbach von der CDU verweist auf einen typischen Zielkonflikt. Auf der einen Seite brauchen wir Arbeitsplätze für hochqualifizierte Leute, auf der anderen Seite gibt es die Interessen der Bürger vor Ort. Die Bürgerinteressen sind sehr wichtig für die Stadt. In Urbich spielt das Klima eine Rolle, die Emissionen und das Landschaftsbild. Die Details bezüglich der Kaltluftentstehung sind noch nicht geklärt. Viele Bürger wollen die dörfliche Idylle nicht verlieren, nur deshalb haben sie hier investiert. Ebenso ist der Verlust der hochwertigen Böden unbedingt zu berücksichtigen. Auch das Wärmeproblem ist, laut Herrn Kallenbach, genau zu untersuchen. Deshalb hat die CDU im Stadtrat einen angemessenen Abstand des Gebietes zur Ortslage beantragt und den Antrag der Grünen zur Verweisung in die Ausschüsse unterstützt. Ebenso wollte die CDU eine Verschiebung der Abstimmung im Stadtrat um einen Monat, damit erst mit den Bürgern diskutiert werden kann. Da hier nicht nur ein Schritt von der Stadtverwaltung gemacht wurde, sondern gleich der Dreierbeschluss. Die Fraktion der SPD und der Linken haben jedoch gegen die Vorlagen gestimmt. Es scheint nicht so, dass man ernsthaft die Interessen der Bürger hören will, teilt Herr Kallenbach mit. Die Eile ist unbegründet und die Brüskierung gegenüber den Bürgern ist unverständlich. Man fasst einen Beschluss und fragt hinterher, wer was dagegen hat. Zumal die Standpunkte und die Probleme der Bürger, durch die Einwohneranträge mit 450 kurzfristig geleisteten Unterschriften, klar waren. Nun sind wir hier, gibt Herr Kallenbach zu verstehen, wir müssen in der jetzigen Phase alle Probleme gemeinsam offenlegen, damit in den nächsten Ausschussberatungen alles berücksichtigt werden kann.

Von den Bürgern kommt jetzt der Hinweis, dass wir uns auch der historischen Bedeutung dieses Landstücks klar werden müssen. Urbich war ein Küchendorf von Erfurt, auf dem Feld wurde die Nahrung produziert, die in der Stadt verzehrt wurde. Die hohe Bodenqualität würde bei einer Bebauung unwiederbringlich verloren gehen. Vor allem die Verantwortung gegenüber unseren Kindern, Enkeln und Urenkeln muss bedacht werden. Sicher ist jetzt die Gewerbesteuererinnahme für die Stadt wichtig, aber nachhaltiger ist ein ertragreiches Feld. Wenn der Oberbürgermeister sagt, wir hätten keine rauchenden Schloten zu erwarten, dann regt das jeden Bürger vor Ort auf. Denn unsere Argumente werden nicht beachtet, zumal auch bekannt ist, dass gerade die nicht sichtbaren Emissionen sehr schädlich sein können. Auch die Anzahl der hochqualifizierten Arbeitsplätze wird sich in Grenzen halten. Länder mit niedrigeren Lohnkosten laufen uns den Rang ab. Es werden nur wenige gut bezahlte Arbeitsplätze entstehen und diese stehen der verlorenen Lebensqualität der mehr als 1100 Einwohner von Urbich gegenüber. Es geht den Bürgern auch nicht darum, was vielleicht etwas weiter weg gerückt werden muss, hier geht es darum, dass dieses Gewerbegebiet an dieser Stelle überhaupt nichts zu suchen hat. Erst letzte Woche hat unser Umweltminister eine Initiative gegen die weiteren Flächenverluste in der Zeitung verkündet. Das steht auch im Gegensatz zu URB638. Das beste Ackerland für eine ungewisse Sache zu opfern ist nicht nachhaltig.

Die Bürger bringen weitere Dinge zur Sprache. In Erfurt soll die BUGA stattfinden. Dafür sollten die ganzen Brachflächen auf Vordermann gebracht werden. Plätze wie der alte Schrottplatz sind groß genug für Ansiedlungen, aber bitte nicht auf Ackerflächen. Stillgelegte Industriegebäude warten seit 22 Jahren auf neue Nutzer, warum wird nicht in diese Richtung geplant. Im Bereich Theodor Neubauer Straße gibt es 15000 Quadratmeter Brachfläche. In Erfurt Nord, im Bereich der Straße der Nationen, überall gibt es Brachflächen die auf neue Nutzer warten. Sollen nicht mal die Dreckecken aufgeräumt werden? Auch wenn es auf der grünen Wiese einfacher ist! Die Leute kommen her und wollen Geschäfte machen und alles auf unsere Kosten. Der Quadratmeter soll für 6,50 EUR hier verkauft werden und dann bleibt alles für Eventualfälle liegen und überhaupt nichts passiert auf den neu erschlossenen Bereichen. Nur damit das Land für Geschäftszwecke gesichert ist, das hat mit Nachhaltigkeit nichts zu tun. Das Land 20 Jahre lang brach liegen lassen, um es dann für 50,- oder mehr Euro weiterzuverkaufen, das ist ein schändliches Verfahren. In dieser Zeit wird es nicht einen Euro an Steuereinnahmen geben, wir kennen viele Beispiele.

Herr Heide nimmt den konstruktiven Ansatz mit in die Stadtverwaltung, dass die verfügbaren Brachen aufgelistet werden und in die Betrachtung einfließen. Größen und Klassen sollen untersucht werden. Hier ist natürlich auch Transparenz für den Stadtrat gefragt.

Weitere Bürger melden sich zu Wort. Es geht um Hochtechnologie. In MEL036 gibt es schon jetzt Probleme. X-FAB produziert z.B. auf drei Kontinenten. In Erfurt gibt es viel zu hohe Stromkosten und ebenso wurde schon auf mögliche Produktionsverlagerungen hingewiesen.

Zur Solarbranche braucht man gar nichts mehr zu sagen, hier kämpft man um das Überleben. Wenn jetzt auf Hochtechnologie gesetzt wird, besteht ein hohes Risiko, dass lange Zeit ein leeres Gewerbegebiet vorhanden ist und dann am Ende was ganz anderes angesiedelt werden muss.

Die LEG antwortet darauf, dass im Rahmen der Großflächeninitiative, des Freistaats, diese Fläche von URB638 als geeignet ermittelt wurde, um größere Grundstücke zur Verfügung zu haben. Da das derzeitige Flächenangebot nicht diese zusammenhängenden Größen hat. Es gibt auch noch die Bereiche Optik. In Jena sind da alle Flächen voll. Die LEG ist dafür, jetzt den vorliegen Plan zu erläutern, auch die Vergrößerung der Abstände zum Ort wird bereits untersucht. URB638 ist zwar mittlerweile aus der Großflächeninitiative heraus, aber die weitere Förderfähigkeit besteht noch immer. Weil die Fläche für ganz Thüringen Vermarktungsvorteile bringt, erklärt die LEG. Die Bürger lehnen eine Erläuterung des vorliegenden brüskierenden Planes jedoch ab.

Ein weiterer Bürgerhinweis bezieht sich auf die Lokale Agenda 21, vor allem der Stadtrat sollte sich erinnern, dass diese Agenda auch in Erfurt verabschiedet wurde. Die Stadt Erfurt im Dialog mit ihren Bürgerinnen und Bürgern heißt es da. Diesen Dialog haben wir bisher vermisst. In der Agenda steht auch, dass die Lebensqualität zu gewährleisten bzw. zu verbessern ist und unser Lebensumfeld gesichert werden muss. Historisch gewachsene Identitäten sind für alle Stadtteile zu bewahren. Starke Verdichtungen sind zu vermeiden und mehr Grün ist in die Stadtquartiere zu bringen. Gleichzeitig ist die Inanspruchnahme neuer Flächen zu bremsen. Mit URB638 wird gegen alle Regeln der Lokalen Agenda 21 verstoßen. Das Ködern der Bürger mit Ranking-Zahlen, mit Einkommenshinweisen und mit Arbeitsplätzen ist nicht leicht durchschaubar, aber es gibt noch andere Dinge im Leben, die wichtiger sind. Was nutzt es einer Stadt, wenn die Bürger krank gemacht werden, von Lärm, Emissionen usw., dann können wir nicht mehr arbeiten und werden auch keine Steuern mehr zahlen und auch kein Gewerbe mehr ausführen. Solche Städte wie Erfurt wachsen, hinsichtlich der Bevölkerung, hauptsächlich auf Kosten anderer Kreise. Es ist jedoch keine gute Basis für die Nachhaltigkeit, wenn durch räumliche Wanderungen neue Wüstungen und starke Konzentrationen entstehen. Auch die Agentur für demografischen Wandel zeigt eindeutig an, dass der prozentuale Anteil der arbeitenden Bevölkerung stark sinken wird. Viele unserer Kinder sind bereits weg, damit fehlt schon ein großer Teil der Menschen, die für Nachwuchs sorgen könnten.

Allgemein wird durch die Bürger eine Verschiebung des Bebauungsbereiches auf angrenzende Nachbarflächen und naheliegende Bereiche abgelehnt, da hierdurch die Probleme nicht beseitigt werden. Auch die Nachbarbereiche sind für die Kaltluftentstehung wichtig, es gibt eine hohe Bodenqualität und eigentlich die gesamte Reihe an Schwierigkeiten wie direkt vor Ort. Auch wenn die Nachbarflächen vereinzelt durch Bürger vorgeschlagen wurden, wird diese Lösung bei den meisten Bürgern für inakzeptabel angesehen.

Für die Bürger stellt sich auch die Frage inwieweit die Probleme der Bürger ernst genommen werden oder ob die Diskussion am Ende nur eine Art Veräppelung ist und alles seinen geplanten Werdegang gehen soll. Wenn wir schon drei Beschlüsse haben, dann sind die nächsten auch nicht weit. Alle stürzen sich auf das eine Gebiet und den Bürgern bleibt nur die Schadensbegrenzung. Alternativen werden den Bürgern nicht aufgezeigt. Den privaten Grundstückseigentümern bleibt nur die Möglichkeit nicht freiwillig zu verkaufen.

Ebenso möchten die Bürger wissen, warum gerade und ausgerechnet der Bereich von URB638 kein Vorranggebiet für die landwirtschaftliche Nutzung sein soll. Alle umliegenden Ackerflächen sind jedoch ein Vorranggebiet. Hierzu müssen ja irgendwelche Argumente vorliegen, die auch Interessenskonflikte aufzeigen könnten und vor allem bei uns Bürgern Aufklärung bringen würden.

Die Bürger weisen auch darauf hin, dass ein Hochtechnologiepark nicht zur geförderten Dorfentwicklung passt. Wenn Geld da ist, dann könnte man auch Sport- und Spielplätze bauen. Der geplante Bereich sollte bisher immer freigehalten werden. Über Billiglohn braucht man sich nicht zu wundern, das Thema war jahrelang Aushängeschild. Viele Ansiedlungen wurden in Erfurt verschlafen und jetzt versucht man uns Ansiedlungen schmackhaft zu machen, die eigentlich nicht mehr nötig sind. Die geplanten Gebäudehöhen lassen aus Urbich keinen Blick mehr auf den Wald zu, man sieht nur noch uniformen Industriebau. Eine komplette Wertschöpfungskette der Hochtechnologie wird viel eher in Indien, Pakistan, China, Taiwan oder Korea aufgebaut, als hier in Erfurt. Allein wegen der Umweltauflagen und der Löhne. Nahrungsmittel könnten wir hier produzieren, aber aus denn genannten Ländern werden wir sie nicht bekommen. In Erfurt gibt es auch bereits viele leerstehende Büroflächen. Warum sollte man dann auch noch den guten Ackerboden beseitigen, wenn man über die Ansiedlungen nur spekulieren kann. Auch regt es viele Bürger ohnehin auf, dass die Ortsteile bei den Zuwendungen allgemein nicht so ganz gut, gegenüber der Innenstadt, weg kommen. Die Rudolstädter Straße wurde z.B. zurückgestellt, in der Stadt gibt es halt "viel wichtigere" Baustellen als am Stadtrand. Bei einem 30-Millionen-Loch in der Stadtkasse sollte kein Geld mehr in spekulative Gewerbeobjekte fließen.

Von den Bürgern wird auch das Regenrückhaltebecken bemängelt, hier sind Rückhaltegräben vorzusehen. Es dürfen keine Moskitobrutstätten oder Ablagerungsflächen entstehen, Ebenso darf der Urbach nicht überlastet werden. Bei Hochwasseranfall reicht jetzt gerade die Durchlässigkeit der Brücken über den Urbach. Das Rückhaltebecken liegt auch genau im Quellbereich einer Uferquelle. Die Versiegelung durch das Becken würde zu Kellerdurchnässungen führen, auf Grund neuer erforderlicher Wasserbahnen. Ebenso wird von den Bürgern mehrheitlich eine umzäunte riesige Betonwanne abgelehnt. Gefährliche eingezäunte und unansehnliche Bereiche haben nichts in der Nähe von Wohnbebauungen zu suchen. Nur ein unterirdisches Becken wäre noch erträglich.

Gleichfalls wird von den Bürgern bemängelt, dass Windenergieanlagen zur Eigennutzung möglich sein sollen. Das ist eine erschreckende Vision, auch wenn es eine Höhenbeschränkung gibt. Laut Planung soll diese Festlegung allerdings verhindern, dass Windenergienutzung im Gebiet allgemein möglich ist.

Der Ortsteilbürgermeister möchte an dieser Stelle (um 21:30 Uhr) die Diskussion eigentlich nicht abbrechen. Aber es wurden bereits Unmengen an Hinweisen und Problemen angesprochen, die von der Stadtverwaltung mitgenommen werden. Für die Bürger ist es außerdem nützlich, sämtliche Einwände und Hinweise zu notieren und diese bis 05.04.2013 an das Amt für Stadtentwicklung und Umwelt zu schicken. Dadurch ist eine wirksame Bürgerbeteiligung möglich, verkündet Herr Gießler.

Der CDU-Stadtratsfraktion war es wichtig die Ortskunde der Bürger zu nutzen, teilte Herr Kallenbach mit, um Probleme zu erkennen. Herr Meier von der Fraktion BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN hat darauf hingewiesen, dass seine Fraktion bereits im Vorfeld die Probleme der Bürger und von URB638 erkannt hat. Deshalb hatte seine Fraktion auch die Verweisung in die Ausschüsse beantragt. Seine Fraktion sieht diesen Standort als ungeeignet an und bittet die LEG zu prüfen, ob bessere Flächen im Angebot sind. Es hätten vorab Flächen gesucht werden können, die von 5 bis 35 ha groß sind. Man sollte nicht erst suchen wenn der Aufstellungsbeschluss zu URB638 bereits gefasst wurde. Die Aktivierung von Brachflächen ist grundsätzlich vor Neuversiegelungen durchzuführen.

Herr Gießler bedankt sich am Ende bei den Teilnehmern und wünscht einen guten Heimweg.

Auf dem Heimweg gingen die Diskussionen natürlich weiter. Warum wurde die Diskussion beendet? Warum hat sich der Ortsteilrat nicht komplett am Einwohnerantrag der Bürger beteiligt? Warum waren nicht alle Mitglieder des Ortsteilrates anwesend? Warum sollen sich die Bürger um die Einhaltung der Normen und gesetzlichen Vorlagen kümmern und warum werden von der Stadtverwaltung gerade das Landschaftsbild und die Dorfentwicklung so gleichgültig betrachtet? Eigentlich ist doch die Stadtplanung in der Pflicht und nicht die Abwehrenergie der Bürger!

Auch die mehrmaligen kurzzeitigen parallelen Diskussionsbeiträge, zwischen den verschiedenen Bürgern, haben allen Teilnehmern klargemacht, dass eine hohe Brisanz gegeben ist. Ebenso kann unter Umständen auch dieser Bericht des Ortsvereins nicht ganz vollständig sein. Da eventuell parallele Beiträge in der kurzen Zeit einfach nicht erfasst werden konnten. Deshalb sollte jeder der Aufforderung nachkommen und zusätzlich seine Hinweise an die Stadtverwaltung oder an den Ortsverein senden.

Auch wenn aus Zeitgründen nicht alle Kritikpunkte angesprochen werden konnten. So wurden die ablehnende Haltung und die Probleme der Bürger mehr als sichtbar. Die bisherigen Argumente des Einwohnerantrages und der Informationsschreiben des Ortsvereins konnten in keiner Weise entkräftet werden. Im Gegenteil, mehr als zuvor fragen sich die Bürger, wie viel spekulative Energie notwendig ist, um ein derartiges Vorhaben zu starten.

Ihr Ortsverein Urbich e. V.

gez. Olaf Kneißl
Urbich, 07.02.2013